

Antragssteller/Nr.:	CDU-Fraktion / Nr. 1
Betreff:	Marktplatz, Fortsetzung der konsumtiven Instandsetzungsarbeiten bzw. Beseitigung der Unfallgefahren
Kurzprotokoll:	<p>Herr Reisbitzen führt aus, dass die CDU-Fraktion weiterhin die konsumtive Beseitigung der Gefahrenstellen auf dem Marktplatz befürworte. Diesbezüglich wird vorgeschlagen, den Antrag in geänderter Form aufrechtzuerhalten und jeweils 50.000 € (anstatt 100.000 €) jährlich in 2023 und 2024 oder 100.000 € als Gesamtsumme in 2023 oder 2024 in den Haushalt einzustellen.</p> <p>Herr Liene verweist auf einen Gesprächsvermerk zwischen der Gemeinde Eitorf und dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBD) am 14.02.2023 zur Abstimmung der städtebaulichen Gesamtmaßnahmen des Zentralortes. Hier sei angemerkt worden, dass am 28.02.2023 ein Klärungstermin stattfindet, da u.a. eine Abstimmung über die Höhe der zustimmungsfähigen Verkaufsflächen für das Gewerbegebiet „Im Auel“ zwischen Bezirksregierung Köln (BR) und Gemeinde Eitorf ausstehe. Das MHKBD habe deutlich gemacht, dass vor einer weiteren Bewilligung von Städtebauförderungsmitteln eine rechtssichere und durch den Rat der Gemeinde Eitorf beschlossene Planung erfolgen müsse, die zukünftig Zentren schädigenden Einzelhandel im Gewerbegebiet verhindere. Er bittet um Rückmeldung über den Ausgang des Gesprächstermins.</p> <p>Frau Straßek-Knipp erwidert, dass das Gespräch zusammen mit dem Rhein-Sieg-Kreis (RSK) sowie der BR stattgefunden habe. Seit dem 08.03.2023 liege der Verwaltung der Gesprächsvermerk vor. Laut Rückmeldung der BR werde der B-Plan Entwurf „Im Auel“, welcher zuletzt in die Öffentlichkeitsbeteiligung gegeben worden sei, nicht mitgetragen. Der Entwurf des B-Planes habe vorgesehen, den vorhandenen Märkten einen Spielraum für die Erweiterung ihrer Verkaufsfläche zuzuweisen, z.B. Rewe ca. 200-250 m². Diesen Spielraum trage die BR nicht mit. Die BR habe klargestellt, dass bei Aufstellung eines neuen B-Planes „Im Auel“ die vorhandenen Märkte keinen m² mehr Verkaufsfläche ausweisen dürften.</p> <p>Herr Liene fasst die Historie zur Umgestaltung des Marktplatzes zusammen und gibt ein Statement hierzu ab, welches als Stichwortverzeichnis als Anlage 1 zur Niederschrift beigefügt ist.</p> <p>Herr Strausfeld fragt nach, ob für die Erweiterung der Verkaufsfläche im vorgelegten B-Plan Entwurf keine gesetzliche Grundlage vorhanden gewesen sei.</p> <p>Frau Straßek-Knipp erwidert, dass bei Erstellung des B-Plan Entwurfes (vor ca. 1,5 Jahren) in Rücksprache mit der BR nach einem landesplanerischen Ziel 6.5.7 eine geringfügige Erweiterung der Verkaufsfläche zugelassen werden durfte. Seit kurzem gäbe es jedoch, einen neuen Einzelhandelserlass. Aufgrund dieses neuen Einzelhandelserlasses sagt die BR, dass sich bei der</p>

Antragssteller/Nr.:	CDU-Fraktion / Nr. 1
	<p>Erstellung des B-Planes nicht mehr auf das Ziel 6.5.7 (Überplanung eines Einzelhandelsstandortes mit geringfügigen Erweiterungsmöglichkeiten) gestützt werden könne, sondern auf das Ziel 6.5.8 (Einzelhandelsagglomerationen).</p> <p>Herr Strausfeld bittet um Rückmeldung, ob der aktuelle B-Plan Entwurf nach dem neuen Einzelhandelserlass genehmigungsfähig sei. Frau Straßek-Knipp verneint dies.</p> <p>Herr Liene bittet um Erläuterung, inwieweit die Erstellung des B-Planes mit der Umgestaltung des Marktplatzes (Erhalt eines Förderbescheides) zusammenhänge. Frau Straßek-Knipp entgegnet, dass der B-Plan nach Maßgabe der BR (ohne Erweiterungsmöglichkeiten der Verkaufsflächen) aufgestellt werden müsste. Dann hätte die Gemeinde eine Chance, einen Förderbescheid für die Umgestaltung des Marktplatzes zu erhalten. Wenn der B-Plan anders oder das Gebiet gar nicht beplant werden sollte, bestehe nach den aktuell vorliegenden Rückmeldungen der BR und des Ministeriums keine Aussicht auf eine erfolgreiche Förderantragstellung.</p> <p>Frau Faßbender fragt nach, ob der B-Plan genehmigungsfähig sei, wenn er außerhalb des Einzelhandelserlasses aufgestellt würde. Frau Straßek-Knipp verneint dies.</p> <p>Weiterhin führt Frau Faßbender aus, dass ein B-Plan erstellt werden sollte, um die Entwicklung „Im Auel“ zu lenken. Herr Thienel schließt sich der Auffassung an. Dass mit dem Erlass des B-Planes Konsequenzen verbunden seien, die bis auf den Marktplatz ausstrahlten, sei ihm bewusst. Ziel sei daher die Aufstellung eines genehmigungsfähigen B-Planes (ohne Erweiterung Verkaufsflächen) und die (Um-)Gestaltung des Marktplatzes bzw. Rathausareals. Daher spricht sich die SPD-Fraktion für den vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.</p> <p>Frau Straßek-Knipp teilt mit, dass für die Erstellung eines rechtssicheren B-Planes noch viele Angelegenheiten geklärt werden müssten, z.B. Vorliegen eines Verkehrsgutachtens. Durch die Mehrbelastung (Verkehr) durch dm und Aldi müsste voraussichtlich auf der L 333 / Abzweigung Im Laach ein Kreisverkehr oder eine Ampelanlage errichtet werden. Die Ausschüsse würden im April mit den Angelegenheiten betraut.</p> <p>Herr Reisbitzen befürwortet, die Beschlussvorschläge (1 b – d). Er bittet nochmals darum, dennoch Haushaltsmittel für die kurzfristige Beseitigung der Unfallgefahren im Haushalt einzustellen.</p> <p>Herr Liene betont nochmals, dass laut Rückmeldung des MHKBD vor einer weiteren Bewilligung von Städtebauförderungsmitteln eine rechtssichere und durch den Rat beschlossene Planung erfolgen müsse. Aufgrund der zeitlichen Komponente sei es unrealistisch, dass bis zur Antragsfrist im nächsten Jahr ein rechtssicherer B-Plan aufgestellt werden könnte. Folglich sei nicht ersichtlich, warum im Haushalt 250.000 € an Planungskosten eingestellt würden, für Projekte die realistisch erst in 2027 umgesetzt werden könnten.</p>

Antragssteller/Nr.:	CDU-Fraktion / Nr. 1
	<p>Frau Otto teilt im Namen der Fraktion Bündnis90/GRÜNE mit, dass die Planungskosten von 250.000 € im Haushalt mit einem Sperrvermerk versehen werden sollten, bis die vom Ministerium angemerkten Rechtsgrundlagen tatsächlich erfüllt seien. Frau Straßek-Knipp antwortet, dass dies nicht möglich sei, da vor Beantragung der Fördermittel diverse Aufgaben und Vorarbeiten durch die Gemeinde erledigt werden müssten, z.B. Öffentlichkeitsbeteiligung oder Planungsbüro muss die vom Rat beschlossene Variante mit Kosten bis zur Leistungsphase 6 planen.</p> <p>Herr Thienel regt an, im Rahmen der nächsten Europawahl eine Bürgerbefragung durchzuführen.</p> <p>Herr Derscheid äußert, dass im Haushalt ein Titel für die Beseitigung von notwendigen Stolperfallen vorhanden und die laufende Unterhaltung gesichert sei. Weiterhin betont er, dass es zwischen der Aufstellung des B-Planes „Im Auel“ und der Umgestaltung des Marktplatzes zum Teil Abhängigkeiten gäbe. Unabhängig vom Marktplatz sei der B-Plan nach dem neuen Einzelhandelserlasse (ohne zusätzliche Verkaufsflächen) aufzustellen. Festzuhalten bleibe zudem, dass sofern kein B-Plan aufgestellt würde und bei Bauantragsverfahren eine Beurteilung nach § 34 BauGB erfolge, voraussichtlich ohnehin keine m²-Verkaufsfläche mehr zugewiesen werden könnte.</p> <p>Herr Meeser führt aus, dass zunächst der B-Plan rechtssicher aufgestellt und erst im Anschluss mit der Umgestaltung des Marktplatzes begonnen werden sollte. Darüber hinaus lehne die BfE-Fraktion den gesamten Verwaltungsvorschlag ab.</p> <p>Frau Faßbender fragt nach, sofern die Frist zur Einreichung des Förderantrages bis zum 30.09.2024 nicht eingehalten werden könne, ob eine Verlängerung um ein Jahr möglich sei. Frau Prinz-Klein erwidert, dass die Bezirksregierung einer Verlängerung voraussichtlich nicht zustimmen würde.</p> <p>Als Nächstes ergibt sich eine Diskussion in der Runde, in welcher Form und Reihenfolge über die vorliegenden Beschlussvorschläge abgestimmt werden solle. Diesbezüglich wird auf Antrag von Herrn Reisbitzen die Sitzung einvernehmlich um 18:57 Uhr unterbrochen und um 19:03 Uhr wieder aufgenommen.</p> <p>Im Tenor wird sich darauf geeinigt, zunächst über die vorliegenden Beschlussvorschläge (1 b – d) und im Anschluss über den geänderten Beschlussvorschlag 1 a abzustimmen.</p>
Beschluss:	<p>1.) Beschluss:</p> <p>Nr. XV/10/55</p>

Antragssteller/Nr.:	CDU-Fraktion / Nr. 1
	<p>Der Hauptausschuss beschließt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Maßnahme A 1 b/e „Bauliche Umsetzung des Gestaltungskonzeptes für den Marktplatz und die Brückenstraße (L 86)“ wird im heutigen InHK 1.0 fortgesetzt mit dem Ziel, im Jahr 2024 einen erneuten Jahres-Förderantrag zu stellen. • Die Verwaltung wird beauftragt, zur Umgestaltung des Marktplatzes und angrenzender Bereiche den Planungsprozess samt Öffentlichkeitsarbeit/Beteiligungsprozess wieder aufzugreifen. • Der Haushaltsentwurf 2023 ist um einen Planungstitel in Höhe von 250.000 € für die geplante Umgestaltung des Marktes zu ergänzen. <p>Abstimmungsergebnis:</p> <p>Mehrheitlich beschlossen</p> <p>Ja: 7 x CD, 4 x SPD, 2 x Bündnis90/GRÜNE, 1 x UWG, 1 x BM Nein: 2 x FDP, 1 x BfE</p> <p>2.) <u>Beschluss:</u></p> <p>Nr. XV/10/56</p> <p>Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, ob über das normale Maß der Straßenunterhaltung hinaus weitere Mittel zur Instandsetzung schadhafter Stellen des Marktplatzes nötig sind und dafür eine Rückstellung im Doppelhaushalt 2023/24 zu bilden.</p> <p>Abstimmungsergebnis:</p> <p>Einstimmig beschlossen</p>

Antragssteller/Nr.:	CDU-Fraktion / Nr. 2
Betreff:	Krabachtalstraße zwischen Wassack und Gemeindegrenze, Planung der grundhaften Instandsetzung
Kurzprotokoll:	Die CDU spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.
Beschluss:	<p><u>Beschluss:</u></p> <p>Nr. XV/10/57</p> <p>Der Hauptausschuss beschließt, dem Antrag der CDU wird nicht gefolgt.</p>

Antragssteller/Nr.:	CDU-Fraktion / Nr. 2
	Stattdessen empfiehlt der Hauptausschuss, den Ausbau der Krabachtalstraße mittelfristig in das Straßenausbaukonzept der Gemeinde Eitorf aufzunehmen. Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

Antragssteller/Nr.:	CDU-Fraktion / Nr. 3
Betreff:	Instandsetzung Treppenanlagen Finkenweg und Höhenstraße
Kurzprotokoll:	Herr Reisbitzen teilt mit, dass die CDU-Fraktion den ursprünglichen Antrag aufrechterhalten möchte. Um die Instandsetzung der Treppenanlage in 2023 ermöglichen zu können, müsste nach Rückmeldung der Verwaltung andere Maßnahmen geschoben werden. Die Verwaltung werde hierzu eine Vorlage zur Priorisierung ausarbeiten. Herr Strack ergänzt, dass ein Tausch von Maßnahmen im Rahmen des Instandsetzungsprogramms möglich sei. Herr Derscheid schließt sich der Auffassung an. Eine Beratung im ABS folge. Herr Meeser befürwortet den Antrag der CDU-Fraktion. Er bittet darum, bei Instandsetzung der Treppenanlage das Gelände barrierefrei zu gestalten.
Beschluss:	<u>Beschluss:</u> Nr. XV/10/58 Der Hauptausschuss beschließt, die Instandsetzung der o.g. Treppenanlagen Finkenweg und Höhenstraße auf 2023 vorzuziehen. Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen Ja: 7 x CDU, 1 x BfE, 2 x Bündnis90/GRÜNE, 1 x UWG Enthaltungen: 2 x FDP, 4 x SPD, 1 x BM

Antragssteller/Nr.:	CDU-Fraktion / Nr. 4
Betreff:	Umrüstung Flutlicht auf LED-Technik Sportplätze Eitorf und Mühleip
Kurzprotokoll:	Die CDU-Fraktion folgt dem Vorschlag der Verwaltung.
Beschluss:	Kein Beschluss notwendig.

Antragssteller/Nr.:	CDU-Fraktion / Nr. 5
Betreff:	„Minispielfeld Sportplatz Eitorf“
Kurzprotokoll:	Die CDU-Fraktion folgt dem Vorschlag der Verwaltung.
Beschluss:	Kein Beschluss notwendig.

Antragssteller/Nr.:	CDU-Fraktion / Nr. 6
Betreff:	Planung Bürgerhaus Mühleip
Kurzprotokoll:	Die CDU-Fraktion folgt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung.
Beschluss:	<p><u>Beschluss:</u></p> <p>Nr. XV/10/59</p> <p>Der Hauptausschuss beschließt, im Produkt 15.01.01 Wirtschaftsförderung wird der Ansatz für Geschäftsaufwendungen (Konto: 543101) um 10.000 € auf 13.500 € angehoben.</p> <p>Abstimmungsergebnis:</p> <p>Einstimmig beschlossen</p>

Antragssteller/Nr.:	CDU-Fraktion / Nr. 7
Betreff:	Verschieben Generalinstandsetzung Krewelstraße
Kurzprotokoll:	Herr Reisbitzen schließt sich im Namen der CDU-Fraktion den Ausführungen der Verwaltung an.
Beschluss:	<p><u>Beschluss:</u></p> <p>Nr. XV/10/60</p> <p>Der Hauptausschuss beschließt, den Ausbau der Krewelstraße planmäßig durchzuführen.</p> <p>Abstimmungsergebnis:</p> <p>Einstimmig beschlossen</p>

Antragssteller/Nr.:	CDU-Fraktion / Nr. 8
Betreff:	Abriss Parkhaus Schulgasse

Antragssteller/Nr.:	CDU-Fraktion / Nr. 8
Kurzprotokoll:	Die CDU-Fraktion nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.
Beschluss:	Kein Beschluss notwendig.

Antragssteller/Nr.:	SPD-Fraktion / Nr. 1
Betreff:	Einbindung der neuen Stelle „Wirtschaftsförderung“ in die Entwicklungs-GmbH Eitorf
Kurzprotokoll:	Herr Thienel teilt mit, dass die SPD-Fraktion mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden sei. Frau Grünebaum ergänzt, dass die tatsächliche Umsetzung zu gegebener Zeit entschieden würde.
Beschluss:	Es ergeht kein Beschlussvorschlag.

Antragssteller/Nr.:	SPD-Fraktion / Nr. 2
Betreff:	Fahrradboxen Eitorfer Bahnhof
Kurzprotokoll:	Die SPD-Fraktion folgt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung. Herr Utsch fragt nach, ob es sich bei den Fahrrad-Boxen um Einheitsgrößen handele. Dies bejaht die Verwaltung.
Beschlussvorschlag:	<u>Beschluss:</u> Nr. XV/10/61 Der Hauptausschuss wünscht eine Verdoppelung der Anzahl der Fahrradboxen am Bahnhof und stellt fest, dass sich die Verwaltung bereits in der Planung zur Errichtung von 28 weiteren Fahrradboxen befindet und hierfür ein Förderantrag in 2023 eingereicht wird. Weitere zusätzliche Fahrradboxen sollen z.Zt. nicht geplant werden, da in den Jahren 2023/2024 erst die Auslastung dieser 48 Boxen überprüft werden soll, die im Übrigen mit einer APP-Nutzung ausgeführt werden, was verhindern soll, dass die Boxen durch Dauermieter belegt sind. Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

Antragssteller/Nr.:	SPD-Fraktion / Nr. 3
Betreff:	Soccerfeld in Mühleip

Antragssteller/Nr.:	SPD-Fraktion / Nr. 3
Kurzprotokoll:	<p>Herr Thienel bringt den Antrag der SPD-Fraktion ein. Er teilt mit, dass sich Beschluss- und Lösungsvorschlag widersprechen würde.</p> <p>Herr Strack führt aus, dass je nach Beratung und Beschlussfassung im Fachausschuss die notwendigen Haushaltsmittel über einen Nachtragshaushalt in 2025 eingestellt werden könnten.</p> <p>Herr Strausfeld äußert, dass eine Fa. in Hennef kostengünstig Kleinspielfelder (ca. 25.000 €) anbieten würde.</p> <p>Herr Strack teilt mit, dass im Haushalt 2023 ein Ansatz für das Kleinspielfeld (I 16-63-010) am Eitorfer Sportplatz vorhanden sei. Hieraus könne eine überplanmäßige Ausgabe auch in 2023 ermöglicht werden, wenn die Planung schnell voranschreiten würden.</p>
Beschluss:	<p><u>Beschluss:</u></p> <p>Nr. XV/10/62</p> <p>Der Hauptausschuss beschließt die notwendigen Vorermittlungen für ein Soccerfeld an der Grundschule Mühleip durchzuführen. Das Ergebnis ist im Fachausschuss vorzustellen.</p> <p>Abstimmungsergebnis:</p> <p>Einstimmig beschlossen</p>

Antragssteller/Nr.:	BfE-Fraktion / Nr. 1
Betreff:	Grundsteuer B
Kurzprotokoll:	<p>Herr Meeser bringt den Antrag der BfE-Fraktion in der Sitzung ein. Die Ausführungen sind als Anlage 2 zur Niederschrift beigefügt. Herr Meeser beantragt, die Steuererhöhung nicht zu beschließen.</p> <p>Herr Strack erwidert, dass sofern die Steuererhöhung in 2024 nicht beschlossen würde, der Titel sich entsprechend verringert. Es müsste sodann überprüft werden, ob die 5 % Hürde des Eigenkapitals gerissen würde und der Haushalt hiermit nicht mehr genehmigungsfähig sei. Sodann werde ein alternativer Deckungsvorschlag benötigt.</p> <p>Herr Strack verweist auf den Vorbericht des Haushaltes. Bei einem Doppelhaushalt werden für das zweite Jahr die Parameter überprüft. Dies bedeute, dass nachträglich die Grundsteuer für 2024 gesenkt werden könnte, sofern die Parameter dies zuließen. Zur Vorlage bei der Kommunalaufsicht bzw. Genehmigung des Haushaltes bittet er, die Steuererhöhung zu belassen.</p> <p>Herr Meeser erwidert, dass die BfE-Fraktion dennoch ihren Antrag aufrechterhalten möchte. Die fehlenden Einnahmen könnten durch den</p>

Antragssteller/Nr.:	BfE-Fraktion / Nr. 1
	<p>Antrag der BfE-Fraktion zur Veranschlagung eines globalen Minderaufwandes gedeckt werden. Hierzu ergibt sich eine kurze Diskussion in der Runde.</p> <p>Herr Strack ergänzt, dass bei Versand der Steuerbescheide ein Begleitschreiben mit Erklärung beigefügt werde, um die Gründe der Steuererhöhung zu erläutern.</p> <p>Herr Liene führt aus, dass er die Argumente der BfE-Fraktion emotional nachempfinden könne. Die sachlichen Argumente des Kämmerers überwiegen jedoch.</p> <p>Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.</p>
Beschluss:	<p><u>Beschluss:</u></p> <p>Nr. XV/10/63</p> <p>Der Hauptausschuss befürwortet die Beibehaltung der in 2024 geplanten Anhebung der Grundsteuer B auf 760 %-Punkte.</p> <p>Abstimmungsergebnis:</p> <p>Mehrheitlich beschlossen</p> <p>Ja: 2 x FDP, 5 x CDU, 4 x SPD, 2 x Bündnis90/GRÜNE, 1xUWG, 1 x BM Nein: 1 x CDU, 1 x BfE Enthaltung: 1 x CDU</p>

Antragssteller/Nr.:	BfE-Fraktion / Nr. 2
Betreff:	Beschaffung Großfahrzeuge Bauhof
Kurzprotokoll:	Die BfE-Fraktion erklärt sich mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung einverstanden.
Beschluss:	<p><u>Beschluss:</u></p> <p>Nr. XV/10/64</p> <p>Der Hauptausschuss beschließt</p> <ul style="list-style-type: none"> • der Ansatz für das Multicar wird von 2023 nach 2025 verschoben • der Ansatz für den Bagger wird von 2024 auf 2026 verschoben. <p>Abstimmungsergebnis:</p> <p>Einstimmig beschlossen</p>

Antragssteller/Nr.:	Fraktion Bündnis90/GRÜNE / Nr. 1
Betreff:	Armuts- und Sozialberichtes für Eitorf
Kurzprotokoll:	<p>Frau Otto teilt mit, dass die Fraktion Bündnis90/GRÜNE den Antrag aufrechterhalte. Als Beispiel verweist sie auf den Sozialberichts der Verbandsgemeinde Hamm, welcher als Vorlage genutzt werden könne.</p> <p>Herr Strausfeld teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag unterstütze.</p> <p>Herr Meeser fragt nach, ob es sich um eine Pflichtaufgabe handele. Frau Prinz-Klein verneint dies. Auf Ebene des Rhein-Sieg-Kreises sei die Erstellung einer Sozialplanung eine Pflichtaufgabe.</p> <p>Herr Liene fragt nach, wie hoch die Kosten seien, sofern eine Vergabe an Dritte erfolge. Frau Prinz-Klein erwidert, dass mit einem Betrag im fünfstelligen Bereich gerechnet werden könne.</p> <p>Frau Otto ist der Meinung, dass eine Vergabe an Dritte entbehrlich sei und die Erstellung durch die Verwaltung erfolgen könne. Es ergibt sich ein ausführlicher Austausch in der Runde über die Notwendigkeit sowie die Erstellung des Berichtes durch die Verwaltung.</p> <p>Herr Strack schlägt vor, den Antrag bis zur nächsten Ratssitzung zu schieben und dort einen alternativen Lösungsvorschlag zu unterbreiten. Dies findet Zustimmung in der Runde.</p>
Beschluss:	Der Antrag wird zunächst zurückgestellt. Die Verwaltung erarbeitet einen Lösungsvorschlag für die Ratssitzung am 20.03.2023.